

Staat und Recht im Imperialismus

Die Krise der bürgerlichen Demokratie in der Gegenwart

Prof. Dr. SC. KARL-HEINZ RÖDER,
Institut für Theorie des Staates und des Rechts
der Akademie der Wissenschaften der DDR

Ein herausragendes Kennzeichen der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ist die Schärfe des ideologischen und politischen Kampfes in der Frage der Demokratie. An der Gegensätzlichkeit von sozialistischer Demokratie und bürgerlicher Demokratie wird deutlich, daß der Inhalt der Demokratie, der tatsächliche Grad des Einflusses der Volksmassen auf die Entscheidung der Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft, der reale Gehalt ihrer Rechte und Freiheiten wesentlich davon bestimmt wird, wer über die politische und ökonomische Macht in der Gesellschaft verfügt.

Ein notwendiger Beitrag zur internationalen ideologischen und politischen Klassenauseinandersetzung in der Frage der Demokratie ist die marxistisch-leninistische Einschätzung des Wesens und der Besonderheiten der Krise der bürgerlichen Demokratie, die ein Bestandteil und Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist.

Der Marxismus-Leninismus versteht unter der Krise der bürgerlichen Demokratie den fortschreitenden Prozeß des Niedergangs der bürgerlichen Demokratie als Form der Herrschaft der Bourgeoisie. Das bedeutet, daß die Krise der bürgerlichen Demokratie ein Ausdruck der tiefen Krise der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist. Der fortschreitende Prozeß des Niedergangs der bürgerlichen Demokratie kommt heute besonders im Abbau der in den bürgerlichen Verfassungen proklamierten bürgerlich-demokratischen Rechte, in der auf vielfache Weise betriebenen Durchbrechung und Verletzung der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit, in Verfassungskrisen, in der Krise der parlamentarischen Institutionen und des bürgerlichen Parteiwesens in Gestalt labiler politisch-parlamentarischer Kräfteverhältnisse, instabiler Parteien- und Regierungskoalitionen, vorzeitiger Neuwahlen und Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, in antidemokratischen Wahlgesetzen und in Wahlmanipulationen, in der um sich greifenden Korruption bürgerlicher Parlamentarier, Politiker und hoher Beamter u. a. zum Ausdruck.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie ist jedoch nicht auf den Abbau der Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Systems beschränkt. Die Bourgeoisie verfügt über große Erfahrungen in der Handhabung der Formen und Methoden der bürgerlichen Demokratie und ist bestrebt, den eingespielten Mechanismus des bürgerlich-parlamentarischen Systems für die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen wie zur Kanalisierung des Demokratiestrebens der Massen im Rahmen des imperialistischen Systems zu nutzen. Dazu müssen die herrschenden Kreise allerdings die traditionellen Formen und Methoden des bürgerlich-parlamentarischen Systems in reaktionärer Weise umfunktionieren und den heutigen Bedingungen ihrer Herrschaft anpassen.

Die sich verschärfende Krise der bürgerlichen Demokratie wird daher auch durch die staatsmonopolistische Umfunktionierung solcher Institutionen der bürgerlichen Demokratie wie des bürgerlichen Parlaments oder des bürgerlichen Parteiwesens gekennzeichnet. In den USA, in der BRD, in Großbritannien, in Japan und anderen imperialistischen Ländern sind die Parlamente unter völliger oder weitgehender Femhaltung der Kommunisten und anderen progressiven Kräfte relativ fest in den imperialistischen Herrschaftsmechanismus integriert. Ihnen

ist im System imperialistischer Machtausübung eine für die Monopolbourgeoisie an Bedeutung gewinnende Funktion beim Auffangen und Kanalisieren der sozialen und politischen Forderungen der Werktätigen zugeordnet, die jedoch die Krise dieser Institutionen weiter vorantreibt.

Antagonismus zwischen Demokratieabbau durch den Imperialismus und Demokratiestreben der Massen

Kennzeichnend für den Imperialismus ist der antagonistische Widerspruch zwischen der sich verstärkenden Tendenz des Abbaus der Demokratie durch die Monopolbourgeoisie einerseits und dem wachsenden Demokratiestreben der Massen andererseits. Lenin ist bei allen Fragen, die die Einschätzung der politischen Prozesse im Imperialismus betreffen, stets von der dialektischen Einheit dieser beiden Seiten des grundlegenden Widerspruchs ausgegangen. Er hat die aus dem Wesen des Monopols gesetzmäßig hervorgehende Tendenz zur „Negation“ der *Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie*¹ nachgewiesen und zugleich hervorgehoben, daß die Charakterisierung des politischen Wesens des Imperialismus als Abbau der Demokratie nicht ausreicht, um die politischen Prozesse und Erscheinungen in den imperialistischen Ländern voll zu verstehen. Die innere Dialektik der politischen Prozesse in den von den Monopolen beherrschten Ländern wird wesentlich davon bestimmt, daß der Imperialismus „das Wachstum der demokratischen Tendenzen in der Masse der Bevölkerung nicht aufhält, sondern den Antagonismus zwischen diesen demokratischen Bestrebungen und der antidemokratischen Tendenz der Trüste *verschärft*“.²

Die Verschärfung des „Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen“³ ist eine Haupttriebkraft der politischen Entwicklung in den imperialistischen Staaten und damit auch einer der theoretischen und methodischen Ausgangspunkte, um das Wesen und die Erscheinungen der Krise der bürgerlichen Demokratie richtig zu erfassen.

Mit der weiter rasch anwachsenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals und der Ausbreitung der transnationalen Monopole, mit der Verschärfung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems wächst die Tendenz des Monopolkapitals, zu repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden zu greifen, die Formen und Methoden der bürgerlichen Demokratie abzubauen und die von den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern erkämpften demokratischen Rechte wieder zu vernichten zu machen. Andererseits kann aber das Monopolkapital heute gerade in der Frage der Demokratie weniger denn je gewissermaßen nach Belieben schalten und walten.

Seinem Bestreben zum Abbau der Demokratie wirkt als machtvolle Gegenbewegung die Stärke der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern und der Einfluß des zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses entgegen. Die Dialektik der Wirkung dieser Faktoren zwingt das Monopolkapital zu bestimmten widersprüchlichen Verhaltensweisen. Die Monopolherrschaft hat die Stellung einer solchen klassischen Institution bürgerlicher Demokratie wie das bürgerliche Parlament weitgehend untergraben. Zugleich ist die Monopolbourgeoisie über bestrebt, das Parlament oder andere Institutionen der bürgerlichen Demokratie in gewisser Weise „aufzuwerten“, ihnen eine Art „Scheinblüte“ zu verleihen, um mit Hilfe der Institutionen der bürgerlichen Demokratie das immer stärker anwachsende Demokratiestreben der Massen aufzufangen und im Rahmen dieser Institutionen zu kanalisieren.